

**Niederschrift**  
**über die Sitzung des Rates der Stadt Bielefeld**  
**am 25.03.2010**

Tagungsort: Großer Saal im Neuen Rathaus

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 19:25 Uhr

Anwesend:

Herr Oberbürgermeister Clausen (ab 17:50 Uhr, bei TOP 6.2)

Herr Bürgermeister Helling

Herr Bürgermeister Grube

CDU

Herr Lux Fraktionsvorsitz

Frau Brinkmann, P.

Frau Grünewald

Herr Henrichsmeier

Herr Hoffmann

Frau Kammeier

Herr Kleinesdar

Herr Kleinkes

Herr Krumhöfner

Herr Nettelstroth

Frau Niederfranke

Herr Nolte

Frau Osthus

Herr Röwekamp

Herr Rüter

Herr Strothmann

Herr Dr. von der Heyden

Herr Weber

Herr Werner

SPD

Herr Fortmeier Fraktionsvorsitz

Frau Biermann

Frau Brinkmann, D.

Herr Garbrecht (ab 17:10 Uhr, bei TOP 6.1)

Frau Gorsler

Herr Hamann

Frau Klemme-Linnenbrügger

Frau Kopp-Herr

Herr Kranzmann

Herr Lufen

Herr Nockemann

Herr Pläßmann

Frau Schneider

Herr Sternbacher

Herr Stucke  
 Herr Suchla  
 Herr Tsapos  
 Frau Weißenfeld (ab TOP 17:05 Uhr, bei TOP 6.1)

Bündnis 90/Die Grünen

Frau Dr. Schulze Fraktionsvorsitz  
 Herr Bolte  
 Herr Gutknecht  
 Herr Julkowski-Keppler  
 Frau Keppler  
 Frau Künnemann  
 Frau Dr. Ober  
 Frau Pfaff  
 Frau Rathsmann-Kronshage  
 Herr Rees  
 Herr Dr. van Norden

Die Linke

Frau Schmidt Fraktionsvorsitz  
 Frau Ilgün  
 Herr Dr. Schmitz

FDP

Herr Buschmann Fraktionsvorsitz  
 Herr Bolte  
 Frau Burkert  
 Herr Sander

BfB

Herr Schulze Fraktionsvorsitz  
 Herr Delius  
 Herr Grün

Bürgernähe

Herr Schmelz  
 Frau Geilhaar

Nicht anwesend:

Herr Jung CDU  
 Herr Meichsner CDU  
 Frau Schrader SPD  
 Herr Ocak Die Linke

Verwaltung:

Herr Stadtkämmerer Löseke Dezernat 1  
 Frau Beigeordnete Ritschel Dezernat 3 (ab 18:00 Uhr, bei TOP 6.2)  
 Herr Beigeordneter Moss Dezernat 4  
 Herr Kähler Dezernat 5  
 Frau Ley Büro Oberbürgermeister  
 Frau Stude Büro des Rates (Schriftführerin)  
 Herr Kricke Büro des Rates  
 Frau Gottwald Büro des Rates  
 Frau Bockermann Presseamt

Zuhörer/-innen in nichtöffentlicher Sitzung:

Herr Hölscher  
Herr Remmo

Geschäftsführung Die Linke  
stellv. sachk. Bürger (Schul- und Sportausschuss)

## Öffentliche Sitzung:

### Vor Eintritt in die Tagesordnung

Herr Bürgermeister Helling eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit des Rates fest. Hinsichtlich der Tagesordnung verweist er auf den Nachtrag, der mit Schreiben vom 17.03.2010 versandt worden sei.

--.-

### Zu Punkt 1 Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift der Ratssitzung am 25.02.2010

#### Beschluss:

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Ratssitzung am 25.02.2010 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

--.-

### Zu Punkt 2 Mitteilungen

Es liegen keine Mitteilungen vor.

--.-

### Zu Punkt 3 Anfragen

#### Zu Punkt 3.1 Kürzungen bei den städtischen Kindertagesstätten und in anderen Bereichen (Anfrage der Fraktion Die Linke vom 16.03.2010)

#### Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 0675/2009-2014

#### Frage:

Hat die Verwaltung den städtischen Kindertagesstätten für 2010 eine Kürzung ihres Etats um 10 Prozent angeordnet, angekündigt oder nahegelegt?

#### 1. Zusatzfrage:

Gibt es weitere städtische Bereiche, in denen solche Vorgaben, Ankündigungen oder Überlegungen gemacht worden sind?

#### 2. Zusatzfrage:

Wie hoch sind die Haushaltseffekte, die über solche Kürzungen erwartet werden?

Herr Stadtkämmerer Löseke beantwortet die Frage und die Zusatzfrage mit einem klaren „Nein“. Alle städtischen Bereiche seien aufgefordert worden, Vorschläge zu Konsolidierungsmaßnahmen zu erarbeiten.

Pauschale Etatkürzungen seien nicht vorgesehen. Die Beantwortung der zweiten Zusatzfrage erübrige sich, da die Prämisse „pauschale Etatkürzungen“ nicht zutreffe.

-.-.-

**Zu Punkt 4 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen**

**Zu Punkt 4.1 Genehmigung der Dringlichkeitsentscheidung Nr. 18 des Haupt- und Beteiligungsausschusses für den Erlass einer Satzung für die Anordnung einer Veränderungssperre für eine Fläche westlich der Hellingstraße (Teilgebiet des aufzustellenden Bebauungsplanes Nr. III/3/88.00 "Am Uhlenteich")  
- Stadtbezirk Mitte**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 0668/2009-2014

Ohne Aussprache fasst der Rat folgenden Beschluss:

**Beschluss:**

Der Rat genehmigt die Dringlichkeitsentscheidung Nr. 18 des Haupt- und Beteiligungsausschusses vom 18.03.2010 für den Erlass einer Satzung für die Anordnung einer Veränderungssperre für eine Fläche westlich der Hellingstraße (Teilgebiet des aufzustellenden Bebauungsplanes Nr. III/3/88.00 „Am Uhlenteich“, Vorlage 0306/2009-2014).

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

**Zu Punkt 5 Unerledigte Punkte der letzten Tagesordnung**

**Zu Punkt 5.1 4. Änderung des Bebauungsplanes Nr. III/4/29.00 für das Gebiet zwischen Stieghorster Straße, Bahnlinie Bielefeld-Lage und Hillegosser Straße im vereinfachten Verfahren gem. § 13 BauGB  
- Stadtbezirk Stieghorst -  
- Beschluss über Stellungnahmen / Satzungsbeschluss**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 0351/2009-2014

Ohne Aussprache fasst der Rat folgenden Beschluss:

**Beschluss:**

1. Die Stellungnahmen aus der frühzeitigen Behördenbeteiligung gem. § 4 (1) BauGB werden gem. Anlage A.1 nicht berücksichtigt (Tab. 1, lfd. Nr. 1).
2. Die bereits zum Aufstellungsbeschluss und damit außerhalb der offiziellen Verfahrensschritte gem. BauGB von Bürgern

vorgebrachten Anregungen werden zur Kenntnis genommen und gem. Anlage A.1 (Tab. 2, lfd. Nr. 2-3) z. T. in der Planung berücksichtigt.

3. Den Stellungnahmen der Öffentlichkeit im Verfahren gem. § 3 (2) BauGB wird gemäß Anlage A.2 nicht stattgegeben (Tab. 3, lfd. Nr. 4).
4. Der Stellungnahme der Industrie- und Handelskammer aus dem Verfahren gem. § 4 (2) BauGB wird gemäß Anlage A.2 teilweise stattgegeben (Tab. 4, lfd. Nr. 5).
5. Die von der Verwaltung vorgeschlagenen geringfügigen Änderungen und Ergänzungen der Planunterlagen werden gemäß Anlage A.2 beschlossen (Tab. 5, lfd. Nr. 6-7).
6. Die 4. Änderung des Bebauungsplanes Nr. III/4/29.00 für das Gebiet zwischen Stieghorster Straße, Bahnlinie Bielefeld-Lage und Hillegosser Straße wird mit den textlichen Festsetzungen als Satzung gem. § 10 (1) BauGB beschlossen.
7. Die Begründung zur 4. Änderung des Bebauungsplanes Nr. III/4/29.00 wird in der vorliegenden Form gebilligt.
8. Der Satzungsbeschluss für die 4. Änderung des Bebauungsplanes Nr. III/4/29.00 ist gem. § 10 (3) BauGB öffentlich bekannt zu machen.

- einstimmig beschlossen -

(Die Vorlage ist als Anlage Bestandteil dieser Niederschrift.)

---

## Zu Punkt 6 Anträge

### Zu Punkt 6.1 Besetzung der Beigeordnetenstellen für das Dezernat 2 hier: Verschiebung der Wahl eines fünften Beigeordneten (Antrag der BfB-Fraktion vom 11.03.2010)

#### Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 0670/2009-2014

Herr Schulze (BfB-Fraktion) verweist auf den Ratsbeschluss vom 27.10.2005, wonach das Leitungsgremium der Stadt Bielefeld auf den Oberbürgermeister und vier Beigeordnete reduziert werden sollte. Daraufhin habe Herr Oberbürgermeister David in der Ratssitzung am 31.08.2006 einen Vorschlag eingebracht, wie die Aufgaben sinnvoll auf vier Beigeordnete (plus Oberbürgermeister) verteilt werden können. Obwohl sich an der Situation bis heute nichts geändert habe, solle nun ein zusätzlicher Beigeordneter gewählt werden, der Kosten in Höhe von 3,5 Mio. Euro pro Wahlperiode verursache. Angesichts der auch in dem Eckdatenbeschluss (s. Tagesordnungspunkt 6.2) beschriebenen tiefgreifenden Finanzkrise sei es unverantwortlich, Geld für einen

Beigeordneten auszugeben, der für eine ordnungsgemäß arbeitende Verwaltung nicht notwendig sei. Er kritisiert, dass FDP und Bündnis 90/Die Grünen ihre Aussagen von 2005 gegenüber der Bevölkerung ohne sachlichen Grund nicht einhalten würden und die heutige Wahl nur möglich sei, weil die SPD im Jahr 2007 Herrn Stadtkämmerer Löseke nur unter bestimmten Bedingungen wiedergewählt habe. Er appelliert an den Rat, der Gesamtverantwortung für Bielefeld gerecht zu werden und auf die heutige Wahl zu verzichten. Nur wenn die Verwaltung selbst mit dem Sparen beginne, könne auch mit einer Akzeptanz seitens der Bürgerinnen und Bürger für unbedingt notwendige Maßnahmen wie z.B. Erhöhung der Grundsteuer, Gebührenerhöhungen, zeitliche Streckung der Schulbausanierung oder Erhöhung der Kita-Gebühren gerechnet werden.

Herr Fortmeier (SPD-Fraktion) widerspricht Herrn Schulze, dass ein zusätzlicher Beigeordneter 3,5 Mio. Euro kosten würde. Wie dem letzten Protokoll der Ratssitzung zu entnehmen sei, müsse von den 3,5 Mio. Euro pro Wahlperiode ein Betrag von 2,4 Mio. Euro für bereits vorhandenes Personal abgezogen werden, so dass noch Kosten in Höhe von 135.000 Euro pro Jahr verblieben. Diese Ausgabe sei angesichts der hohen Beträge, über die jährlich im Kultur- und Schuletat entschieden werden müsse (Kultur = 37 Mio. €, Schule = 83 Mio. €), jedoch gerechtfertigt. Seines Erachtens seien die Spareffekte durch die Besetzung der Beigeordnetenstelle höher als die Personalkosten. Zudem sei die Besetzung der Dezernentenstelle mit der Bezirksregierung abgestimmt. Im Vergleich zu 2005 befinde man sich heute in einer noch viel schwierigeren Situation, in der überlegt werden müsse, wie die Kultur-, Schul- und Sportlandschaft neu gestaltet werden könne. Dies erfordere einen eigenen Beigeordneten, der dieses Aufgabenfeld nicht nur vertretungsweise erledige und in finanziell schwierigen Zeiten neue Impulse gebe. Seine Fraktion werde den Antrag der BfB-Fraktion ablehnen.

Frau Dr. Schulze (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) zeigt sich empört darüber, dass Herr Schulze den Fraktionen im Zusammenhang mit der Wiederwahl von Herrn Stadtkämmerer Löseke einen „Erpressungsversuch“ vorwerfe und den Rat auf eine Stufe mit einem Verbandsvorsteher stelle, der betrogen und gelogen habe. Unverständlich sei ihr auch, dass die BfB-Fraktion mit dem Bielefeld-Pakt einerseits zugestimmt habe, Bildung und Klimaschutz als künftige zentrale Themen Bielefelds zu behandeln, andererseits durch ihren Antrag verhindere, Aufgaben im Bereich Kultur, Schule und Sport zu bündeln. Auch sei nicht nachvollziehbar, dass die BfB-Fraktion Herrn Hintzsche als Beigeordneten mit gewählt hätte, jetzt aber auf die Beigeordnetenstelle verzichten möchte. Die Besetzung der Beigeordnetenstelle werde ausdrücklich von der Regierungspräsidentin, die das Vorgehen der Stadt Bielefeld angesichts der Haushaltslage sehr streng beobachte, unterstützt. Ihre Fraktion werde den Antrag der BfB-Fraktion ebenfalls ablehnen.

Herr Schmelz (Gruppe Bürgernähe) appelliert an Herrn Oberbürgermeister Clausen, auf die Besetzung der Beigeordnetenstelle zu verzichten und die wichtigen Bereiche Bildung und Schule zur Chefsache zu machen.

Beschluss:

1. Die Wahl eines fünften Beigeordneten wird auf unbestimmte Zeit  
v e r s c h o b e n .
2. Die Verwaltung wird beauftragt, eine Dezernatsneuverteilung der Ämter und Betriebe auf die vorhandenen vier Beigeordneten vorzunehmen, wobei auch der Oberbürgermeister in die Ämter- und Betriebsaufteilung mit einzubeziehen ist.

- bei 5 Ja-Stimmen mit großer Mehrheit abgelehnt -

-.--

**Zu Punkt 6.2 Eckdatenbeschluss zum Doppelhaushalt 2010/2011 und zum HSK 2010-2014  
(Antrag der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion vom 15.03.2010)**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0676/2009-2014

Herr Rees (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) begründet den gemeinsamen Antrag der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Linke und der FDP-Fraktion. Mit dem Antrag zum Eckdatenbeschluss läge ein Gesamtkonzept vor, das sowohl zu erheblichen Einsparungen auf der Aufwandsseite, als auch zu höheren Erträgen führe und das Ziel habe, das strukturelle Defizit der Stadt Bielefeld im HSK-Zeitraum 2010 bis 2014 abzubauen. Die Hälfte des Konsolidierungsvolumens solle auf der Aufwandsseite erbracht werden, da es für die Akzeptanz von Gebührensteigerungen und von Steuererhöhungen wichtig sei, zunächst die Ausgaben zu senken. Um die von Herrn Stadtkämmerer Löseke prognostizierten Steigerungsraten bei den Personal- und Sachaufwendungen zu verringern, müssten diese auf dem Niveau des Jahres 2009 festgeschrieben werden. Betriebsbedingte Kündigungen sollen weiterhin ausgeschlossen werden. Stärker als bisher müssten durch Fluktuation entstehende Einsparmöglichkeiten genutzt werden. Da es zu Personaleinsparungen komme, die nicht durch weitere Arbeitsverdichtungen kompensiert werden könnten, müssten der Aufgabenbestand und die Struktur der Verwaltung überprüft, Doppelstrukturen abgebaut, Möglichkeiten zur Konzentration von Aufgaben genutzt und auch Standards der Aufgabenerledigung gesenkt werden. Auch die Zuschüsse an Dritte könnten in den nächsten Jahren nicht angepasst werden und müssten auf dem Niveau des letzten Jahres eingefroren werden; Kürzungen sollen vermieden und das Volumen der Leistungsverträge bis zum Ende des Konsolidierungszeitraumes gesichert werden. Unter Beteiligung der Vertragspartner solle es zu einer Neuausrichtung der Angebote in Hinsicht auf Armutsbekämpfung und Förderung der Integration kommen. Wichtig sei, alle Möglichkeiten zur Nutzung von Synergien auszuschöpfen, was auch eine stärkere Zusammenarbeit mit anderen Kommunen beinhalte. Auf der Ertragsseite gelte es, die Ertragskraft der Städtischen Beteiligungen zu erhalten und die Erträge noch stärker als bisher für den städtischen Haushalt zu nutzen. Andererseits müssten Gebühren und Entgelte angepasst werden und auch die Anhebung der Grundsteuer werde sich nicht vermeiden lassen. Auf die Erhöhung der Gewerbesteuer solle jedoch angesichts der derzeitigen konjunkturellen Lage verzichtet werden. Wenn Bielefeld als

Wirtschaftsstandort weiter entwickelt werden soll und bestehende Arbeitsplätze erhalten bzw. die Voraussetzung für neue Arbeitsplätze geschaffen werden sollen, wäre eine Gewerbesteueranhebung zum jetzigen Zeitpunkt das falsche Signal. Über die Gebühren- und Steuererhöhungen solle jedoch erst entschieden werden, wenn im Rahmen eines Gesamtkonzepts konkrete Einsparungen auf der Aufwandsseite vorlägen. Trotz aller notwendigen Konsolidierungsmaßnahmen wollen die drei antragstellenden Fraktionen aber auch weiterhin gestalten. So sollen das Ausbauprogramm zur bedarfsgerechten Bereitstellung von U3-Plätzen und die begonnenen Schulbaumaßnahmen fortgeführt sowie das Technische Dienstleistungszentrum realisiert werden. Wie auch bei der energetischen Sanierung von weiteren städtischen Gebäuden oder der Bereitstellung von Gewerbeflächen sei es wichtig und sinnvoll, in finanziell schwierigen Zeiten Geld für nachhaltig wirtschaftliche Investitionen auszugeben. Der vorliegende Eckdatenbeschluss habe den Charakter von Rahmenbedingungen und Zielbestimmungen, die nun von der Verwaltung ausgefüllt und konkretisiert werden müssten. Sollten unter bestimmten Umständen einzelne Vorgaben nicht einzuhalten sein, müsste anlassbezogen darüber diskutiert und entschieden werden.

Herr Schulze (BfB-Fraktion) bestätigt die Notwendigkeit der Konsolidierung, hält den Eckdatenbeschluss aber nicht für konkret genug. Das Einfrieren von Personalkosten sei angesichts eines schon feststehenden Mehrbedarfs bei den Kindertagesstätten nur möglich, wenn Einrichtungen geschlossen würden. Hierüber sei jedoch keine Aussage getroffen worden. Weiterhin sei z. B. nichts dazu gesagt worden, welche Doppelstrukturen abgebaut werden, wie Friedhofserweiterungsflächen künftig genutzt, welche Schulen aufgrund der geplanten zeitlichen Streckung nicht saniert oder welche Baumaßnahmen nicht begonnen werden sollten.

Herr Buschmann (FDP-Fraktion) erwidert, dass von einer Gesamtsumme von 150 Mio. Euro insgesamt 40 Mio. Euro eingespart werden sollten. Davon müssten 20 Mio. Euro von der Verwaltung unter Berücksichtigung der Machbarkeit dargestellt werden, die restliche Summe solle durch Steuereinnahmen abgedeckt werden. Da man hoffe, den Haushalt durch wirtschaftliches Wachstum zu sanieren, dürften keine Maßnahmen das Wachstum auf kommunaler Ebene einschränken. Mit der Kopplung der Steuer- und Gebührenerhöhungen an die Einsparvorschläge in Höhe von 20 Mio. Euro solle die Akzeptanz der Bürgerinnen und Bürger erhöht werden. Bei der Diskussion zu einzelnen Maßnahmen werde es sicherlich unterschiedliche Auffassungen geben, inwieweit z. B. die Sozialverträglichkeit gegeben sei oder die Grundlage für eine wirtschaftliche Zukunft geschaffen werde, die Steuereinnahmen möglich mache. Insgesamt solle der Eckdatenbeschluss aber den Bürgerinnen und Bürgern als ein erreichbares Zielsystem vorgestellt werden.

Herr Schmelz (Gruppe Bürgernähe) spricht sich gegen das geplante Einfrieren der steuerbaren Personalkosten aus, da damit die kommunale Daseinsvorsorge gefährdet werde. Die Stadt Bielefeld brauche motivierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter als Investitionskapital in die Entwicklungen eines bürgernahen Dienstleistungsunternehmens. Statt die Schulbausanierung zu strecken, sollten der Bau des Technischen Dienstleistungszentrums und die Verlagerung der Stadtbibliothek verschoben werden. Dem Plan zur Optimierung der Bielefelder Kultureinrichtungen und der Prüfung nicht begonnener Baumaßnahmen



unter den Aspekten Wirtschaftlichkeit, Nachhaltigkeit und Notwendigkeit könne seine Gruppe zustimmen. Die Einsparung durch den Verzicht auf den Neu- und Ausbau von Straßen hätte eine nachhaltige Wirkung, da für diese Straßen kein Unterhaltungsaufwand anfallt und der öffentliche Nachverkehr gefördert werde. Zusätzlich könnte damit auf eine Grundsteuererhöhung verzichtet werden, die sich mit der Forderung an die Eigentümerinnen und Eigentümer, erhebliche in die energetische Sanierung der Häuser zu sanieren, kontraproduktiv zum Klimaschutz auswirke. Gebühren und Entgelte sollten nur erhoben werden, wenn sie im Verhältnis zum erforderlichen Verwaltungsaufwand stünden. Einige der vorgeschlagenen Erhöhungen halte seine Gruppe für unangemessen, unsozial und in ihrer Wirkung ineffektiv, denn sie träfen vor allem Bezieherinnen und Bezieher von geringem Einkommen, Erwerbslose, Rentnerinnen und Rentner, Alleinerziehende und Auszubildende, schwächen die Kaufkraft und wirkten einer Konjunkturbelebung entgegen. Da wesentliche Projekte der Koalitionsvereinbarung sozial, ökologisch und wirtschaftlich nicht verträglich sowie in der derzeit angespannten finanziellen Situation nicht umsetzbar seien, werde seine Gruppe dem Eckdatenbeschluss nicht zustimmen.

Frau Schmidt (Fraktion Die Linke) begründet den Änderungsantrag ihrer Fraktion. Auch ihre Fraktion erachte den Eckdatenbeschluss als zu unkonkret und teilweise nicht umsetzbar. Bei einem Defizit von 150 Mio. Euro, von dem nur 40 Mio. Euro ausgeglichen werden sollen, müsse als erstes die Gewerbesteuer erhöht werden. Der Hebesatz sei seit 1994 nicht erhöht und die Unternehmen seien in den letzten zwölf Jahren hinsichtlich der Steuerzahlungen erheblich entlastet worden. Dies habe insgesamt zu einer erhöhten Gewinnabschöpfung der Unternehmen geführt, was bei den Einsparungsmaßnahmen aber offenbar nicht berücksichtigt werde. Der Aussage, die konjunkturelle Lage würde sich verbessern, wenn die Gewerbesteuer nicht erhöht werde, könne ihre Fraktion nicht zustimmen. Auch die Befürchtung, Unternehmen würden bei einer Gewerbesteuererhöhung in andere Kommunen abwandern, könne ihre Fraktion nicht teilen, da auch andere Gemeinden aufgrund ihrer finanziellen Probleme über Steuererhöhungen diskutierten. Im Sinne einer sozialen Stadt könne ihre Fraktion dem Eckdatenbeschluss in dieser Form nicht zustimmen.

Herr Delius (BfB-Fraktion) hält das Vorgehen, vom gesamten strukturellen Defizit bis 2014 nur 40 Mio. Euro auszugleichen, für wenig ambitioniert und verweist auf die Vorgabe der Stadt Wuppertal, die diesen Betrag jährlich einsparen wolle. Er bittet den Oberbürgermeister, dem Rat konkrete, ggf. auch geschätzte, Zahlen vorzulegen, da ansonsten das Defizit nicht abgebaut werden könne. Er appelliert an den Rat, zusammenzustehen und das Problem gemeinsam anzugehen.

Herr Lux (CDU-Fraktion) erklärt, dass seine Fraktion dem Eckdatenbeschluss für die Haushaltskonsolidierung, der als Teil VII Bestandteil der Koalitionsvereinbarung zwischen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP sei, bis auf die Ziffer 1 nicht zustimmen werde. Er geht auf einige Punkte des Eckdatenbeschlusses ein und macht u. a. deutlich, dass das Einfrieren der Personalkosten bei gleichzeitiger Ausnutzung der Fluktuation aus seiner Sicht nicht funktionieren werde. Die Verwaltung habe bereits im Finanz- und Personalausschuss deutlich gemacht, dass es bei der Ausnutzung der Fluktuation keinen Spielraum mehr gebe. Zudem sei bekannt, dass die Personalkosten bei Umsetzung des

Tarifabschlusses gegenüber dem Jahr 2009 um jährlich 3 Mio. Euro stiegen. Er frage sich, wie angesichts der bereits beschlossenen und weiterer - fraktionsübergreifend befürworteter - Mehrstellen im Kita-Bereich über 100 Stellen ohne betriebsbedingte Kündigungen eingespart werden könnten. Zu der Frage der Gewerbesteuererhöhung merkt er an, dass jeder wisse, dass die Krise ohne Wachstum und ohne Beschäftigungssteigerung nicht zu bewältigen sei. Eine Erhöhung der Gewerbesteuer wäre hier der „größte Unsinn“. Abschließend hebt er hervor, dass seine Fraktion sich zu den Maßnahmen nur in Einzelfällen bei der konkreten Beschlussfassung verhalten werde; den Eckdatenbeschluss lehne sie ab.

Herr Hamann (SPD-Fraktion) erinnert daran, dass bei der ebenfalls dramatischen Haushaltslage vor sechs Jahren die gute konjunkturelle Lage in Bielefeld geholfen habe, tiefgreifende Einschnitte zu vermeiden. Heute stelle sich die konjunkturelle Situation anders dar, weshalb eine Erhöhung der Gewerbesteuer nicht zu vertreten sei. Auch die Gewerkschaft verdi spreche sich in ihrem Zehn-Punkte-Programm gegen eine Gewerbesteuererhöhung aus, da sie wirtschaftsfeindlich sei. Er hebt hervor, dass die SPD-Fraktion - unabhängig von der Parteizugehörigkeit des Oberbürgermeisters - immer ihre Finanzverantwortung wahrgenommen habe und er dies auch von den übrigen Fraktionen erwarte. Er kritisiert, dass die CDU-Fraktion zum Eckdatenbeschluss keinen Alternativvorschlag eingebracht und zur Diskussion gestellt habe. Es sei ein guter politischer Brauch, der Verwaltung einen Handlungsrahmen vorzugeben. Auch vor sechs Jahren habe der Rat einen ähnlichen Eckdatenbeschluss, der von der CDU-Fraktion, der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der BfB-Fraktion vorgeschlagen worden sei, beschlossen. Er fordere die CDU- und die BfB-Fraktion auf, ihre Finanzverantwortung wahrzunehmen und sich dem Eckdatenbeschluss anzuschließen.

Herr Dr. Schmitz (Fraktion Die Linke) erwidert Herrn Hamann, dass die Aussage, die Gewerkschaft verdi sei gegen Steuererhöhungen, nicht stimme. Verdi habe sich für ein Zukunftsinvestitionsprogramm und für Steuererhöhungen insbesondere auf Bundesebene ausgesprochen.

Herr Lux (CDU-Fraktion) stellt klar, dass seine Fraktion sich nicht gegen den Oberbürgermeister stelle, sondern ihm im Gegenteil ihre Unterstützung zugesagt habe. Die CDU-Fraktion sei nicht bereit, einem Teil der Koalitionsvereinbarung zuzustimmen und habe, da die Koalitionsfraktionen sich als Gestaltungsmehrheit bezeichnet und andere Fraktionen damit ausgegrenzt hätten, bewusst keinen Gegenvorschlag eingebracht. Wie bereits angekündigt, werde die CDU-Fraktion sich im Einzelfall zu den Maßnahmen verhalten.

Frau Dr. Schulze (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) betont, dass die Haushaltskonsolidierung Aufgabe von Rat und Verwaltung sei und der Rat nicht die Aufgaben der Verwaltung übernehmen dürfe. Die Maßnahmen würden mit Vorlage des Haushalts im Mai konkretisiert. Abschließend merkt sie an, dass es entgegen anderer Aussagen in der Vergangenheit nicht gelungen sei, alle Doppelstrukturen in der Verwaltung abzubauen.

Herr Schulze (BfB-Fraktion) kritisiert das Vorgehen der Koalitionsfraktionen und bedauert, dass durch den reklamierten

Gestaltungsanspruch die bisherige gute Zusammenarbeit aufgegeben worden sei. Seine Fraktion werde wie die CDU-Fraktion Einzelmaßnahmen prüfen und sich zu gegebener Zeit entsprechend äußern.

Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion Die Linke vom 23.03.2010 (Drucksache 0708/2009-2014):

Der Punkt 4 des Antrages wird ersetzt durch folgenden Text:

„Der Gewerbesteuerhebesatz wird von 435 auf 485 Hebesatzpunkte erhöht, da die Gewerbesteuer fast ausschließlich Erträge besteuert und auf diese Weise nicht die Wirtschaftskraft der Bielefelder Unternehmen beeinträchtigt wird.“

- bei 3 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen  
mit großer Mehrheit abgelehnt -

Frau Dr. Schulze (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) bittet, über die Punkte des Antrages (Drucksache 0676/2009-2014) einzeln abzustimmen.

**Beschluss:**

**Eckdatenbeschluss zum Doppelhaushalt 2010/2011 und zum HSK 2010-2014**

*Die Städte und Gemeinden befinden sich zurzeit in einer tiefgreifenden Finanzkrise. Auch in Bielefeld ist die Situation dramatisch: der Jahresabschluss 2009 weist ein Defizit in Höhe von ca. 150 Mio. Euro aus. Für das laufende Jahr muss mit einem ähnlichen hohen Fehlbedarf gerechnet werden. Ein Haushaltssicherungskonzept (HSK) ist nach derzeitigem Stand unvermeidlich. Es sind alle Bemühungen hinsichtlich eines genehmigungsfähigen HSKs zu unternehmen. Um die gute Angebotsstruktur der Stadt aufrecht erhalten zu können, die Armut zu bekämpfen, den notwendigen Ausbau der Kinderbetreuung sowie die Verbesserung der Bildungslandschaft zu erreichen, die Maßnahmen zum Klimaschutz fortzusetzen, den Ausbau des ÖPNV zu forcieren und die Wirtschaft zu fördern, müssen bereits im laufenden Jahr, insbesondere jedoch im Doppelhaushalt 2010/11 und im Haushaltssicherungskonzept, tiefgreifende und nachhaltig wirkende Konsolidierungsmaßnahmen ergriffen werden. Mit mehr als 350 Mio. Euro hat die Summe der Kredite zur Liquiditätssicherung in diesem Jahr in Bielefeld ein Rekordniveau erreicht. Der weitere Anstieg der Kassenkredite muss dringend gebremst werden.*

1. Ziel ist es, bis zum Jahr 2014 das strukturelle Defizit des städtischen Haushalts in Höhe von ca. 40 Mio. Euro auszugleichen. Konjunkturbedingte Steuer-mehreinnahmen sind zur weiteren Haushaltskonsolidierung zu verwenden.
2. Haushaltskonsolidierung findet sowohl auf der Aufwands-

als auch auf der Ertragsseite statt. Bereits im Jahr 2010 sind neben den von der Verwaltung vorgeschlagenen Maßnahmen weitere erhebliche Einsparungen notwendig. Bis 2014 sollen mehr als 20 Mio. Euro auf der Aufwandsseite eingespart werden. Mit dem Beschluss zur Erlössteigerung soll die Verwaltung Beschlussvorschläge zur Reduzierung des Aufwandes in mindestens der gleichen Höhe vorlegen.

3. Die Aufstellung des Doppelhaushalts sowie des HSKs soll sich an folgenden Vorgaben orientieren:

- Die Höhe der steuerbaren Personalkosten wird bis 2014 auf dem Niveau von 2009 eingefroren. Tarifsteigerungen sind im Budget aufzufangen, Fluktuationen sollen zu Stellenreduzierungen genutzt werden. Betriebsbedingte Kündigungen sind ausgeschlossen.
- Weitere Konsolidierungsbeiträge sollen auf Vorschlag der Verwaltung durch Veränderungen in Verwaltungsstrukturen erbracht werden. Standards sind auf gesetzliche Vorschriften abzusenken.
- Doppelstrukturen bei der Aufgabenerledigung sind abzubauen.
- Die von der Stadt beeinflussbaren Sachausgaben, Zuschüsse an private Dritte sowie Betriebskostenzuschüsse sind ebenfalls bis 2014 auf dem Niveau des Jahres 2009 bzw. auf der Basis geltender Verträge festzulegen. Neu abzuschließende Verträge sind mit einer Sonderkündigungsmöglichkeit für die Stadt zu versehen. Bestehende Verträge müssen entsprechend nachverhandelt werden.
- Die absehbar nicht mehr benötigten Friedhofserweiterungsflächen sind einer anderweitigen Nutzung zuzuführen.
- Das Schulbausanierungsprogramm soll für die noch nicht begonnenen Maßnahmen gestreckt, die sinnvolle Konzentration von Schulstandorten soll vorangetrieben und bei der Umsetzung des Sportstättenentwicklungsplans sollen nicht mehr benötigte Sportstätten neuen Nutzungen zugeführt werden.
- Es soll ein Kulturentwicklungsplan mit dem Ziel erarbeitet werden, Optimierungspotenziale für die einzelnen Einrichtungen darzustellen, zu leistungsfähigeren Einheiten zu kommen und Einsparungen zu erzielen. Die Einbeziehung Dritter zur Aufrechterhaltung der kulturellen Infrastruktur soll geprüft werden.
- Eine Ausweitung der interkommunalen Zusammenarbeit und die weitere Zusammenführung von Dienstleistungen in kommunalen Betrieben und Gesellschaften wird angestrebt.
- Nicht begonnene Baumaßnahmen sind unter dem Aspekt der Wirtschaftlichkeit, der Nachhaltigkeit bzw. ihrer Notwendigkeit zu prüfen.

Anderung s. Ratsbeschluss

4. Der Hebesatz der Gewerbesteuer soll in der schwierigen konjunkturellen Lage nicht erhöht werden. Die Gebühren und Entgelte sind im Rahmen des gesetzlich Möglichen anzupassen, die Entgelte und die KiTa-Gebühren sind weiterhin sozial verträglich zu gestalten. Eine Grundsteuererhöhung ist im Rahmen des vom Oberbürgermeister vorgeschlagenen Umfangs nicht zu vermeiden.
  
5. Vor dem Hintergrund der dramatischen Haushaltssituation müssen die städtischen Beteiligungen optimiert werden, d.h. die Verluste sind zu reduzieren und die Erträge in höherem Maße als bisher dem städtischen Haushalt zur Verfügung zu stellen. Dabei sind auch alle Steueroptimierungsmöglichkeiten auszuschöpfen.
  
6. Trotz aller finanziellen Probleme wird die Stadt bzw. werden die städtischen Betriebe und Unternehmen auch weiterhin im Rahmen ihrer Möglichkeiten investieren und dadurch Arbeitsplätze in Bielefeld sichern. Investitionen werden schwerpunktmäßig in folgenden Bereichen erfolgen:
  - energetische Sanierung von Verwaltungsgebäuden und weitere Maßnahmen zum Klimaschutz
  - Bau eines Technischen Dienstleistungszentrums
  - Ausbau des Öffentlichen Personennahverkehrs
  - Investitionsmittel zum Erwerb und Entwicklung von Gewerbeflächen
  - Umsetzung der beschlossenen Schulbaumaßnahmen (insbes. Max-Planck Gymnasium, Maria Stemme Berufskolleg, Schulzentrum Heepen)
  - Umzug der Stadtbibliothek und des Stadtarchivs in das neue „Haus der Bildung“
  - Umbau des Kesselbrinks (bei Vorliegen der Förderzusage)

- Zu 1: - einstimmig beschlossen -
- Zu 2: - bei 20 Nein-Stimmen mit Mehrheit beschlossen -
- Zu 3: - bei 25 Nein-Stimmen mit Mehrheit beschlossen -
- Zu 4: - bei 25 Nein-Stimmen mit Mehrheit beschlossen -
- Zu 5: - bei 25 Nein-Stimmen mit Mehrheit beschlossen -
- Zu 6: - bei 3 Enthaltungen und 22 Nein-Stimmen  
mit Mehrheit beschlossen -

-.-.-

*Herr Bürgermeister Helling gibt den Vorsitz  
an Herrn Oberbürgermeister Clausen ab.*

-.-.-

Herr Oberbürgermeister, der soeben aus Berlin zurückgekehrt ist, berichtet außerhalb der Tagesordnung über das Ergebnis der Teilnahme

Bielefelds am Wettbewerb „Stadt der Wissenschaft 2011“. Er verliert die Urkunde, die Stadt Bielefeld erhalten habe:

*Bielefeld*

*Finalist im Wettbewerb „Stadt der Wissenschaft 2011“*

*Der Stifterverband für die deutsche Wissenschaft würdigt das besondere Engagement der Stadt Bielefeld zur Förderung von Wissenschaft und deren Vernetzung mit Wirtschaft und Kultur. Sie hat gezeigt, welchen Beitrag Wissenschaft zur Stadtentwicklung und zur Zukunft des Wissenschaftsstandortes Bielefeld leisten kann. Der Stifterverband würdigt dieses Engagement mit einem Preisgeld von 50.000 Euro.*

Neben den 50.000 Euro habe er die Gewissheit mitgebracht, dass es klug gewesen sei, sich an dem Wettbewerb zu beteiligen und das ehrenamtliche Engagement in den Hochschulen, in der Kulturszene, in Bielefelder Wirtschaftsunternehmen, Verbänden, Vereinen und in der Politik auf das Ziel zu bündeln, die Stadt Bielefeld als Wissenschaftsstadt zu profilieren und weiter zukunftsfähig zu machen. Bielefeld habe im Wettbewerb den zweiten Platz belegt, worauf alle stolz sein könnten.

---

### Zu Punkt 6.3

#### **Eine Medizinische Fakultät für die Universität Bielefeld (Antrag der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion vom 15.03.2010)**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0677/2009-2014

Frau Dr. Schulze (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) begründet den Antrag ihrer Fraktion. Um dem prognostizierten Ärztemangel in den nächsten Jahrzehnten begegnen zu können, müssten mehr Studienplätze für Medizin geschaffen werden. Bielefeld böte sich hier an, was durch eine Machbarkeitsstudie der Universität belegt werde. Durch die hohe Kompetenz im Bereich der Naturwissenschaft und die Möglichkeiten der vorklinischen Ausbildung sei Bielefeld als Studienort für Medizin prädestiniert. Bielefeld verfüge über Flächen auf der Langen Lage und auf dem bisherigen Gelände der Universität, auf denen erforderliche Gebäude errichtet werden könnten. In Bielefeld gäbe es die Zukunftsinitiative Gesundheit und den Studiengang Gesundheitswissenschaften, Bielefeld sei stark im Bereich Gesundheitsregion, viele Unternehmen würden bereits im Bereich der Medizintechnik arbeiten und die Fachhochschule biete den Studienschwerpunkt Medizintechnik an. Eine medizinische Fakultät würde für Bielefeld eine große Chance und ein Wachstumsimpuls bedeuten. Sie appelliert an Herrn Oberbürgermeister Clausen und an die Landtagsabgeordneten in diesem Sinne Gespräche weiter zu führen und bittet um Unterstützung aus allen politischen Bereichen.

Herr Fortmeier (SPD-Fraktion) betont, dass es für Bielefeld und auch für Ostwestfalen-Lippe wichtig sei, aus dem Bielefelder Rat ein einstimmiges Signal zu senden. Da bisherige Universitätsstandorte die hohe Nachfrage nach Medizin-Studienplätzen nicht abdecken könnten, spreche vieles dafür, in Bielefeld aufgrund vorhandener Potentiale (Gebiet Lange Lage, Gesundheitsregion u. a.) eine medizinische Fakultät anzusiedeln. Damit könne u. a. auch dem Trend, medizinische Kompetenz nur in großen Städten vorzuhalten und die medizinische Versorgung auf dem Land zu vernachlässigen, entgegengewirkt werden. In der Gesundheitsbranche würden in OWL insgesamt 117.000 Menschen arbeiten. Das entspreche 14,5 % der Gesamtbeschäftigtenzahl und würde damit eine gute Ausgangslage für den Aufbau einer medizinischen Fakultät bilden. Auch die Sekundäreffekte, die z. B. bei Zulieferbetrieben entstünden, müssten berücksichtigt werden. Der Rat der Stadt Bielefeld müsse die Chance nutzen und das Vorhaben unterstützen.

Herr Lux (CDU-Fraktion) berichtet, dass in den letzten Monaten schon viele Personen und Institutionen bei der Landesregierung vorstellig geworden seien und auf die Vorzüge Bielefelds hingewiesen hätten. Insofern könne mit dem Antrag selbst nicht mehr viel bewegt werden. Wichtig sei für ihn aber, in Düsseldorf deutlich zu machen, welche Bedeutung eine medizinische Fakultät in Bielefeld für die Gesamtregion habe und dass die gesamte Region hinter dem Vorhaben stehe.

Herr Buschmann (FDP-Fraktion) bestätigt die Aussage von Herrn Lux. Es dürfe nicht der Eindruck entstehen, dass nur die Bielefelder Krankenhäuser Vorteile erzielen würden. Vielmehr müsse deutlich gemacht werden, dass die gesamte Region durch eine medizinische Fakultät in Bielefeld gewinne. Bei Umsetzung des Bochumer Modells würden alle Krankenhäuser - auch die in der Umgebung - als Lehrkrankenhaus aufgewertet.

Herr Schmelz (Gruppe Bürgernähe) erklärt, dass auch seine Gruppe eine medizinische Fakultät in Bielefeld begrüße.

### **Beschluss:**

- 1. Der Rat der Stadt Bielefeld begrüßt und unterstützt die derzeit laufenden Aktivitäten der Landesregierung, der Universität Bielefeld sowie zahlreicher Kliniken der Region zur Etablierung einer Medizinischen Fakultät.**
- 2. Der Rat sieht in einer solchen Erweiterung der Universität eine große Chance für Bielefeld und die gesamte Region. Er bittet deshalb den Oberbürgermeister und den Rektor der Universität Bielefeld ihre Bemühungen unter Einbeziehung aller relevanten Akteure in der Region zu intensivieren, um möglichst gemeinsam die Einrichtung einer Medizinischen Fakultät an der Universität Bielefeld zu erreichen.**

- einstimmig beschlossen -

---

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0642/2009-2014

Die Wahl des Beigeordneten erfolgt ohne Aussprache.

**Beschluss:**

**1. Der Rat der Stadt wählt Herrn Dr. Udo Witthaus unter Berufung in das Beamtenverhältnis auf Zeit für die Dauer von 8 Jahren zum Beigeordneten**

**2. Herr Dr. Udo Witthaus wird in ein Amt der Besoldungsgruppe B 5 des Bundesbesoldungsgesetzes eingewiesen**

abgegebene Stimmen: 62

Enthaltungen: 22

verbleibende gültige Stimmen: 40

davon Ja-Stimmen 37

Nein-Stimmen 3

- mit großer Mehrheit gewählt -

-.-.-



**Zu Punkt 8**      **Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Durchführung der Brandschau in der Stadt Bielefeld**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 0491/2009-2014

Ohne Aussprache fasst der Rat folgenden

**Beschluss:**

**Die 2. Nachtragssatzung zur Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Durchführung der Brandschau in der Stadt Bielefeld vom 10.12.1998 wird gem. Anlage der Vorlage beschlossen.**

- einstimmig beschlossen -

(Die Vorlage ist als Anlage Bestandteil dieser Niederschrift.)

---

**Zu Punkt 9**      **Veräußerung der Geschäftsanteile an der Kommunale Aktionärsvereinigung RWWE GmbH und der Kommunale Beteiligungsgesellschaft RWE Westfalen-Weser-Ems GmbH durch die BBVG**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 0529/2009-2014

Ohne Aussprache fasst der Rat folgenden

**Beschluss:**

**Der Veräußerung der Geschäftsanteile an der Kommunale Aktionärsvereinigung RWWE GmbH und der Kommunale Beteiligungsgesellschaft RWE Westfalen-Weser-Ems GmbH durch die BBVG wird zugestimmt.**

- einstimmig beschlossen -

---

**Zu Punkt 10**      **Organisation der Arbeitssicherheit: Bereitstellung von finanziellen Mitteln zur Überprüfung ortsveränderlicher elektrischer Betriebsmittel mit Schwerpunkt Schulen/Kitas.**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 0647/2009-2014

Ohne Aussprache fasst der Rat folgenden

**Beschluss:**

Der Rat beschließt die Bereitstellung der erforderlichen Mittel zur Überprüfung ortsveränderlicher elektrischer Betriebsmittel für die Jahre 2010, 2011 und 2012 in der Produktgruppe 110110 „Organisationsangelegenheiten“ auf dem Sachkonto 52350060 „Erstattungen an Sondervermögen“.

- bei 3 Enthaltungen einstimmig beschlossen -

-.-.-

**Zu Punkt 11 Erläuterungen zum vorläufigen Entwurf der Eröffnungsbilanz (aktueller Bearbeitungsstand)**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0558/2009-2014

Der Rat nimmt die Erläuterungen zum vorläufigen Entwurf der Eröffnungsbilanz (aktueller Bearbeitungsstand) zur Kenntnis.

-.-.-

**Zu Punkt 12 Aufwandsermächtigung für den Gesellschafterzuschuss der OWL Marketing GmbH**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0650/2009-2014

Ohne Aussprache fasst der Rat folgenden

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt Bielefeld beschließt im Vorgriff auf die Verabschiedung des Haushaltes 2010 für die Zahlung des Gesellschafterzuschusses der OWL Marketing GmbH für das Geschäftsjahr 2010 in Höhe von 59.052,00 € eine Aufwandsermächtigung im Bereich der Produktgruppe 11 15 10 „Sonstige Beteiligungen der Stadt Bielefeld“ für das Sachkonto 53150030 „Zuschüsse an Beteiligungen“.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

**Zu Punkt 13 Über- und außerplanmäßige Ausgaben, denen der Stadtkämmerer zugestimmt hat**

Der Rat nimmt von den über- und außerplanmäßigen Ausgaben, denen der Stadtkämmerer zugestimmt hat, gemäß der Anlage zum Protokoll der Sitzung des Finanz- und Personalausschusses vom 16.02.2010 und 16.03.2010 Kenntnis.

-.-.-



## Zu Punkt 14 Einrichtung einer Arbeitsgruppe Schulentwicklungsplanung

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0521/2009-2014

Ohne Aussprache fasst der Rat folgenden

### Beschluss:

**Zur Vorbereitung von schulorganisatorischen Entscheidungen wird im Schul- und Sportausschuss eine Arbeitsgruppe Schulentwicklungsplanung eingerichtet.**

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

## Zu Punkt 15.1 Verbesserung der Bildungserfolge der Bielefelder Bürgerinnen und Bürger durch Aufbau eines Bildungsnetzwerkes (hier: Abschluss eines Kooperationsvertrages mit dem Land Nordrhein-Westfalen)

Beratungsgrundlagen:

Drucksachennummer: 0525/2009-2014 und 0525/2009-2014/1

Frau Dr. Schulze (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) erläutert, dass die Aussage „Bildung soll Voraussetzungen schaffen für mehr soziale Gerechtigkeit“ in Deutschland leider nicht immer zutrefte. Das bestehende Bildungssystem benachteilige massiv Kinder aus sozial schwachen Familien. Dies könne nur durch Abschaffung der Aufteilung der Kinder auf verschiedene Schultypen, das in weiten Teilen eine soziale Selektion sei, verändert werden. Auch wenn mit dem Konstrukt der Bildungsregion nur kleine Verbesserung im System erreicht und durch die regionale Vernetzung aller Akteure nur bestehende Ungerechtigkeiten abgemildert würden, rechtfertige es dennoch das Bildungsnetzwerk. Die Kooperation von Land und Kommune, aber noch wichtiger von verschiedenen mit Bildungsfragen befassten Institutionen innerhalb einer Stadt könnten auf der Basis eines ganzheitlichen Bildungsbegriffs Erfolge erzielen, die allein die Schule oder die Jugendhilfe nicht erreichen könnten. Zielgerichtete Angebote könnten nur dann entwickelt und ihre Wirksamkeit überprüft werden, wenn verbesserte spezifische Kenntnisse über die örtlichen Situationen vorlägen. Deshalb solle als erstes ein kommunaler Bildungsbericht - in Anlehnung an den Lebenslagenbericht - erstellt werden. Die Daten des Berichts könnten helfen, Übergänge zwischen den verschiedenen Bildungsorten (von der Kindertagesstätte zur Grundschule, der Grundschule zur weiterführenden Schule, zur gymnasialen Oberstufe oder zur beruflichen Ausbildung) transparenter und effektiver zu gestalten. Ziel müsse sein, den Kindern und Jugendlichen einen Bildungsweg ohne Brüche zu ermöglichen. Bereits im Schulausschuss habe ihre Fraktion deutlich gemacht, dass im Bildungsnetzwerk der Fokus nicht nur auf die Erhöhung der Abiturientenquote gelegt werden dürfe. Es sei eine durchgehende und systematische Förderung gerade

benachteiligter Kinder von der Kita bis zum Ende der Schulzeit notwendig, um die vorhandenen Begabungspotentiale zu nutzen. Wenn dabei auch eine Erhöhung der Abiturientenquote erreicht werde, sei dies erfreulich; bisher sehe die Entwicklung real aber leider anders aus. Obwohl es den Gesamtschulen gelinge, Schülerinnen und Schüler aus bildungsfernen Schichten und aus Familien mit Migrationshintergrund zum Abitur zu führen, fürchte sie, dass diese Schulform in der Bildungsregion wegen fehlender Unterstützung der Landesregierung keine zentrale Rolle spielen werde. Sie hoffe, dass das Bildungsbüro bald arbeitsfähig werde und nach der Landtagswahl ein Instrument vorliege, um der sozialen Segregation in der Schule begegnen zu können und alle Kinder entsprechend ihrer Begabung fördern zu können.

Herr Kranzmann (SPD-Fraktion) verweist auf eine „Denkschrift der Kommission Zukunft der Bildung beim Ministerpräsidenten des Landes NRW“ (unterzeichnet von Johannes Rau), in der bereits 1995 die jetzt formulierten Ziele aufgeführt worden seien. Auch seine Fraktion habe immer wieder auf entsprechende Veränderungen gedrängt. Umso mehr begrüße er die jetzige Initiative des Oberbürgermeisters. Auch halte er es für richtig, dass die Politik sich mit eingebracht habe. Er erwarte aber, dass die Kooperation auf Augenhöhe und nicht nach dem Top-Down-Prinzip realisiert werde.

Herr Schmelz (Gruppe Bürgernähe) schlägt vor, alle jetzt zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel dafür zu nutzen, ein pädagogisches Zentrum aufzubauen. Das Zentrum solle ein Treffpunkt und eine Anlaufstelle für alle Schülerinnen und Schüler, Lehrerinnen und Lehrer sowie alle Eltern werden, in dem praxisnahe Bildungskonzepte erarbeitet werden und die Nutzerinnen und Nutzer ortsnahe die notwendige Hilfe und Unterstützung für eine erfolgreiche Bildungsarbeit (z.B. durch Fortbildung oder Supervision) erhalten. Bei den Handlungsfeldern zur Verbesserung von Bildungserfolgen in Bielefeld hätten die Förderung der Freude am gemeinsamen Lernen und das Erreichen eines qualifizierten Schulabschlusses oberste Priorität. Hinsichtlich der Erhöhung des Anteils der Schülerinnen und Schüler mit allgemeiner Hochschulreife sehe er gravierenden Handlungsbedarf in einer Schulstruktureform und dem Abbau des derzeitigen Bedarfs an außerschulischer Nachhilfe. Das kommunale Leistungsteam im Bildungsbüro müsse mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern von erfahrenen erfolgreichen Bildungsinstituten (Laborschule, Oberstufenkolleg, erfolgreiche Projekte der Grund- und Gesamtschulen) und nicht nur mit Verwaltungspersonal besetzt werden.

Herr Grün (BfB-Fraktion) begrüßt die Intention der Kooperation, die Bildungschancen der jüngeren Generationen zu verbessern, die inneren und äußeren Schulangelegenheiten zusammenzufassen, die größere Selbständigkeit der Stadt in Schul- und Bildungsangelegenheiten zu fördern und die Abstimmung zwischen den verschiedenen Bildungsträgern zu verbessern. Unter dem Aspekt, zu viel bürokratischen Aufwand zu vermeiden, stelle er allerdings die Notwendigkeit des Bildungsbüros in Frage. Die Schulbausanierung sollte fortgesetzt, die Ganztagschulen und Ganztagsbetreuung weiter ausgebaut und die Möglichkeiten für ein angemessenes Mittagessen verbessert werden. Seiner Fraktion sei es angesichts der knappen Kassen wichtig gewesen, Kostenneutralität zu erzielen und deshalb kein weiteres Personal einzustellen und den Stellenplan nicht auszuweiten. Seine Fraktion werde der Vorlage zustimmen.

Herr Dr. Schmitz (Fraktion Die Linke) erklärt, dass seine Fraktion sich bei der Abstimmung enthalten werde. Sie befürworte zwar das Bildungsnetzwerk, sei aber gegen die festgelegte Kostenneutralität. Sofern erforderlich sollten Stellen neu besetzt und Personal nicht aus anderen Bereichen, in denen wiederum ein Fehlbedarf entstehe, abgezogen werden.

Herr Rüter (CDU-Fraktion) weist abschließend darauf hin, dass mit dem heutigen Beschluss ein langwieriger Prozess angestoßen werde und er hoffe, dass die Themen ungeachtet von Wahlen und parteipolitischen Ideologien diskutiert würden.

Frau Schmidt (Fraktion Die Linke) beantragt über den Punkt 3 einzeln abzustimmen.

### **Beschluss:**

1. **Der Rat unterstützt den Vorschlag des Oberbürgermeisters, durch eine engere Kooperation zwischen dem Land NRW und der Stadt Bielefeld die Voraussetzungen für eine verbesserte Zusammenarbeit aller Bildungsakteure in Bielefeld zu schaffen.**
2. **Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Kooperationsvereinbarung, die Bestandteil dieser Beschlussvorlage ist, abzuschließen und die vorgesehenen Beteiligungs-, Steuerungs-, Entscheidungs- und Arbeitsstrukturen zum Schuljahr 2010/11 in einer „Bildungsregion Bielefeld“ zu schaffen.**
3. **Der erforderliche Stellen-, Finanz- und Sachmittelbedarf wird im Vorgriff auf den noch aufzustellenden bzw. zu verabschiedenden Haushalt 2010 bereitgestellt. Es ist sicherzustellen, dass die Einrichtung des Bildungsbüros nicht zu einer Ausweitung des Stellenplans führt. Der Schulausschuss/der Rat bittet den Oberbürgermeister, bei der Besetzung der Stellen im Bildungsbüro Kapazitäten aus dem Amt für Schule und aus dem Jugendamt zu nutzen.**
4. **In der Begründung der Beschlussvorlage der Verwaltung wird unter Ziff. 2 „Handlungsfelder“ ein neuer 3. Absatz eingefügt:  
 „Eine Verbesserung der Übergänge von der Kita über die Primarstufe in die Sekundarstufe I und in die Sekundarstufe II bzw. in die berufliche Bildung soll erreicht werden. Bei den Handlungsfeldern des Bildungsbüros soll auch die Erhöhung des Anteils der Schülerinnen und Schüler mit Fachhochschulreife berücksichtigt werden. Des weiteren soll die Unterstützung der kommunalen und staatlichen Stellen bei der schulischen Förderung von Schülerinnen und Schülern mit Zuwanderungsgeschichte mit dem Ziel, bei den Empfehlungen für die weitere Schullaufbahn am Ende der Primarstufe eine Angleichung an die Quoten der Schüler/innen ohne Zuwanderungsgeschichte zu erreichen, als vereinbart gelten.“**
5. **In Ziff. 3 „Handlungsgremien und Organisation der Kooperation“ wird am Ende zugefügt:**

„Es wird erwartet, dass alle beteiligten Ausschüsse aktiv in die Arbeit des Bildungsnetzwerkes eingebunden werden. Dazu gehört insbesondere eine regelmäßige Berichterstattung und Rückkoppelung in den Fachausschüssen zu den Empfehlungen der Bildungskonferenz und der Arbeit des Bildungsbüros. Das neu zu gründende Bildungsnetzwerk wird gebeten, als Grundlage für die Arbeit aller Akteure in Anlehnung an den Lebenslagenbericht einen Bildungsbericht für Bielefeld zu erstellen.“

6. Als Vertreter/innen des Rates der Stadt Bielefeld in der Bildungskonferenz werden benannt:

- Vorsitzende/r und stellvertretende/r Vorsitzende/r des Schul- und Sportausschuss
- Vorsitzende/r und stellvertretende/r Vorsitzende/r des Jugendhilfeausschusses
- jeweils ein/e Vertreter/in aller im Rat vertretenden Parteien mit jeweils einem/r persönlichen Vertreter/in

7. In der Präambel und im Text des Kooperationsvertrags werden die Worte „Bildungsregionen“ und „Bildungsnetzwerken“ (Plural) durch „Bildungsregion“ und „Bildungsnetzwerk“ (Singular) ersetzt. Ferner wird vorgesehen, dass der Kooperationsvertrag auch von der Bezirksregierung Detmold unterschrieben wird.

Zu 1-2 und 4-7: - einstimmig beschlossen -

Zu 3: - bei 5 Enthaltungen einstimmig beschlossen -

(Die Vorlage und die ergänzende Nachtragsvorlage sind als Anlage Bestandteile dieser Niederschrift.)

-.-.-

Zu Punkt 16

**Ermächtigung für die Betriebsleitung der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung Bühnen und Orchester der Stadt Bielefeld für die Spielzeit 2011 - 2012**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0623/2009-2014

Ohne Aussprache fasst der Rat folgenden

**Beschluss:**

Die Betriebsleitung der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung Bühnen und Orchester der Stadt Bielefeld wird ermächtigt, bis zur Verabschiedung des Wirtschaftsplanes 2011/2012 Verpflichtungen bis zur Höhe von 70% des voraussichtlichen spielplanbezogenen Aufwandes (Anlage 1 der Vorlage) einzugehen.

- einstimmig beschlossen -

(Die Vorlage ist als Anlage Bestandteil dieser Niederschrift.)

---



Zu Punkt 17

**Neuaufstellung des Bebauungsplanes Nr. III/Hi 13  
"Sondergebiet Möbelmarkt Hillegossen" für das Gebiet  
nördlich der B 66, östlich des Ostrings (L 787 n), südlich der  
Bielitzer Straße und westlich der oberen Hillegosser Straße  
(Gemarkung Hillegossen, Flur 1) gemäß §§ 2 (1), 13 a  
Baugesetzbuch (BauGB)  
- Stadtbezirk Stieghorst -  
Beschluss über Stellungnahmen  
Satzungsbeschluss**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0510/2009-2014

Ohne Aussprache fasst der Rat folgenden

**Beschluss:**

1. Die Stellungnahmen zum Bebauungsplanentwurf der Stadt Herford und der Stadt Gütersloh werden gemäß Vorlage zurückgewiesen.
2. Der Stellungnahme zum Bebauungsplanentwurf der Stadtwerke Bielefeld wird gemäß Vorlage stattgegeben.
3. Die von der Verwaltung vorgeschlagenen Änderungen und Ergänzungen zu den zeichnerischen und textlichen Festsetzungen, zur Begründung des Bebauungsplanes Nr. III / Hi 13 "Sondergebiet Möbelmarkt Hillegossen" werden beschlossen.
4. Die Information der Verwaltung über die Anpassung des Flächennutzungsplanes im Wege der Berichtigung gemäß § 13 a (2) BauGB (Berichtigung Nr. 2 /2010 „Sondergebiet Möbelmarkt Hillegossen“) wird zur Kenntnis genommen.
5. Der Bebauungsplan Nr. III / Hi 13 "Sondergebiet Möbelmarkt Hillegossen" für das Gebiet nördlich der B 66, östlich der des Ostrings (L 787n), südlich der Bielitzer Straße und westlich der Oberen Hillegosser Straße (Gemarkung Hillegossen, Flur 1) wird mit dem Text und der Begründung gemäß § 10 (1) des Baugesetzbuches als Satzung beschlossen.
6. Der Satzungsbeschluss ist gemäß § 10 (3) BauGB öffentlich bekannt zu machen.

- einstimmig beschlossen -

(Die Vorlage ist als Anlage Bestandteil dieser Niederschrift.)

-.-.-

Zu Punkt 18

**Neuaufstellung des Bebauungsplanes Nr. III / O 11 "Kornkamp" für das Gebiet südlich der Dingerdisser Straße, westlich der Straße Auf dem Busch, nördlich der Straße Kornkamp, östlich der BAB A 2" (Gemarkung Oldentrup, Flur 2) gemäß § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) - Stadtbezirk Heepen -**  
**Beschluss über Stellungnahmen / Satzungsbeschluss**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0516/2009-2014

Ohne Aussprache fasst der Rat folgenden

**Beschluss:**

1. Den Stellungnahmen aus der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung und der frühzeitigen Behördenbeteiligung wird gemäß der Darstellung der Anlage A gefolgt.
2. Die Stellungnahmen der Bürgerinnen und Bürger zum Bebauungsplanentwurf (lfd. Nummern 1-2) werden gemäß Vorlage zurückgewiesen.
3. Die Stellungnahme zum Bebauungsplanentwurf der Bezirksregierung Detmold wird gemäß Vorlage zurückgewiesen.
4. Der Stellungnahme zum Bebauungsplanentwurf von WINGAS und Stadtwerke Bielefeld wird gemäß Vorlage stattgegeben.
5. Die von der Verwaltung vorgeschlagenen Änderungen und Ergänzungen zu den zeichnerischen und textlichen Festsetzungen, zur Begründung sowie zum Umweltbericht des Bebauungsplanes Nr. III/O 11 „Kornkamp“ werden beschlossen.
6. Das Plangebiet wird gegenüber dem Entwurfsbeschluss vom 16.06.2009 um ca. 0,25 ha verkleinert. Für die genaue Abgrenzung ist die Eintragung im Nutzungsplan im Maßstab 1:1.000 verbindlich.
7. Der Bebauungsplan Nr. III / O 11 "Kornkamp" wird für das Gebiet südlich der Dingerdisser Straße, westlich der Straße Auf dem Busch, nördlich der Straße Kornkamp, östlich der BAB A2 (Gemarkung Oldentrup, Flur 2) mit dem Text und der Begründung einschließlich des Umweltberichtes gemäß § 10 (1) des Baugesetzbuches als Satzung beschlossen.
8. Der Beschluss über den Bebauungsplan als Satzung ist gemäß § 10 (3) BauGB öffentlich bekannt zu machen und der Bebauungsplan mit Text, Begründung, Umweltbericht und

**zusammenfassender Erklärung zu jedermanns Einsicht bereit zu halten.**

- einstimmig beschlossen -

(Die Vorlage ist als Anlage Bestandteil dieser Niederschrift.)

---

**Zu Punkt 19**

**Erlass einer Satzung über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Kommunalabgabengesetz (KAG NRW) für straßenbauliche Maßnahmen in der Friedhofstraße (zwischen Oetkerstraße und Am Flugplatz)**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0472/2009-2014

Ohne Aussprache fasst der Rat folgenden

**Beschluss:**

**Die „Satzung über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Kommunalabgabengesetz (KAG NRW) für straßenbauliche Maßnahmen in der Friedhofstraße“ wird entsprechend der Vorlage beschlossen.**

- einstimmig beschlossen -

(Die Vorlage ist als Anlage Bestandteil dieser Niederschrift.)

---

**Zu Punkt 20**

**Änderung der Entwässerungssatzung**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0195/2009-2014

Ohne Aussprache fasst der Rat folgenden

**Beschluss:**

**Die 1. Änderungssatzung zur Satzung der Stadt Bielefeld über die Entwässerung der Grundstücke (Entwässerungssatzung) wird gemäß der Anlage zur Vorlage beschlossen.**

- einstimmig beschlossen -

(Die Vorlage ist als Anlage Bestandteil dieser Niederschrift.)

---

**Zu Punkt 21**

**2. Änderung der Entgeltordnung der Stadt Bielefeld für**

**besondere Dienstleistungen des Umweltbetriebes in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. Dezember 2006**

Beratungsgrundlagen:

Drucksachenummer: 0048/2009-2014 und 0048/2009-2014/1

Ohne Aussprache fasst der Rat folgenden

**Beschluss:**

Die 2. Änderung zur Entgeltordnung der Stadt Bielefeld für besondere Dienstleistungen des Umweltbetriebes in der Fassung der Bekanntmachung vom 18.12.2006 wird gem. der Anlage I der Vorlage 0048/2009-2014 und der redaktionellen Änderung laut ergänzender Nachtragsvorlage 0048/2009-2014/1 beschlossen.

- einstimmig beschlossen -

(Die Vorlage und die ergänzende Nachtragsvorlage sind als Anlage Bestandteile dieser Niederschrift.)

-.-.-

Zu Punkt 22

**Bestellung eines stimmberechtigten Mitglieds im Jugendhilfeausschuss**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 0518/2009-2014

Ohne Aussprache fasst der Rat folgenden

**Beschluss:**

Frau Bahar Durmus wird Nachfolgerin für das ausgeschiedene Mitglied Matthias Gronowski (Vertreter des Bielefelder Jugendrings e.V) als stimmberechtigtes Mitglied in den Jugendhilfeausschuss (JHA) berufen.

- einstimmig beschlossen -

Herr Oberbürgermeister Clausen hat gemäß § 40 GO NRW nicht mit gestimmt.

-.-.-

Zu Punkt 23

**Besetzung des Schul- und Sportausschusses hier: Vertreter/-in des Stadtsporthundes Bielefeld e.V. als beratendes Mitglied**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 0649/2009-2014

Ohne Aussprache fasst der Rat folgenden

**Beschluss:**

**An den Sitzungen des Schul- und Sportausschusses nimmt ab sofort beratend teil:**

**Organisation:** Stadtsportbund Bielefeld e.V.  
August-Bebel-Str. 57, 33602 Bielefeld

**Anzahl der Sitze:** 1

**Name Vertreter/in:** Herr Ulrich Zimmer

- einstimmig beschlossen -

Herr Oberbürgermeister Clausen hat gemäß § 40 GO NRW nicht mit gestimmt.

---

**Zu Punkt 24**

**Bestellung der Vertreter des Psychiatriebeirates als sachkundige Einwohner im Sozial- und Gesundheitsausschuss**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 0553/2009-2014

Ohne Aussprache fasst der Rat folgenden

**Beschluss:**

**Gemäß Ziffer 2 Absatz 3 der Satzung des Psychiatriebeirates werden folgende Mitglieder als sachkundige Einwohner in den Sozial- und Gesundheitsausschuss berufen:**

- 1. ordentliches beratendes Mitglied  
Herr Rüdiger Klein**
- 2. stellvertretendes beratendes Mitglied  
Herr Prof. Dr. Martin Driessen**

- einstimmig beschlossen -

---

**Zu Punkt 25**

**Benennung von Abgeordneten für die Mitgliederversammlung des Städtetages Nordrhein-Westfalen am 10.06.2010 in Neuss**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0639/2009-2014

Ohne Aussprache fasst der Rat folgenden

**Beschluss:**

**Der Rat der Stadt Bielefeld entsendet folgende Personen zur Mitgliederversammlung des Städtetages Nordrhein-Westfalen am 10.06.2010 in Neuss**

**a) Stimmberechtigt**

- |                                       |                          |
|---------------------------------------|--------------------------|
| 1. Ratsmitglied Klaus-Dieter Hoffmann | CDU                      |
| 2. Ratsmitglied Detlef Werner         | CDU                      |
| 3. Ratsmitglied Regine Weißenfeld     | SPD                      |
| 4. Ratsmitglied Holm Sternbacher      | SPD                      |
| 5. Ratsmitglied Klaus Rees            | Bündnis90/<br>Die Grünen |
| 6. Ratsmitglied Barbara Schmidt       | Die Linke                |
| 7. Herr Dr. Björn Kerbein             | FDP                      |

**b) Gäste**

- |                        |            |
|------------------------|------------|
| 1. Herr Winfried Huber | BfB        |
| 2. Herr Martin Schmelz | Bürgernähe |

- einstimmig beschlossen -

---

**Zu Punkt 26 Umbesetzungen in Ausschüssen, Beiräten und anderen Gremien (Anträge der Fraktionen und Gruppen)**

**Zu Punkt 26.1 hier: Partnerschaftskommission, Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz und Betriebsausschuss Umweltbetrieb (Antrag der Fraktion Die Linke vom 23.03.2010)**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0702/2009-2014

Ohne Aussprache fasst der Rat folgenden

**Beschluss:**

**Der Rat beschließt folgende Umbesetzungen:**

**Partnerschaftskommission**

**ordentliches Mitglied**

bisher: Ratsmitglied    Barbara Schmidt  
neu:    Ratsmitglied    Dr. Dirk Schmitz

**Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz**

stellvertretendes Mitglied

bisher: sachk. Bürger    Friedrich Straetmanns  
neu:    sachk. Bürger    Bernd Vollmer

**Betriebsausschuss Umweltbetrieb**

ordentliches Mitglied

bisher: sachk. Bürger    Friedrich Straetmanns  
neu:    sachk. Bürger    Benni Stiesch

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

---

**Clausen**  
**Oberbürgermeister**  
Vorsitz zu Top 6.3 - 34

---

**Helling**  
**Bürgermeister**  
Vorsitz zu TOP 1 - 6.2

---

**Stude**  
**Schritfführerin**